

Dies ist ein Auszug der Dokumentation der entwicklungspolitischen Diskusstage 2004. Die vollständige Dokumentation kann über das SLE bezogen werden (Einzelheiten unter www.berlinerseminar.de)

Vorwort

In den Tagen vom 29. März bis 1. April fanden die mittlerweile vierten entwicklungspolitischen Diskusstage statt, gemeinsam organisiert und getragen vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) und der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS). Referiert und diskutiert wurde zu folgenden Themen:

Tag 1: Zivil-Militärische Kooperation – neue Herausforderungen für die EZ?

Tag 2: Konditionalität – wie (un-) politisch soll die deutsche EZ sein?

Tag 3: Bedeutung des Islam für die Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Tag 4: Kohärenz der EU-Entwicklungspolitik mit anderen Politikfeldern (am Bsp. der Handelspolitik)

Die gut besuchten Veranstaltungen boten eine hervorragende Gelegenheit für den Austausch zwischen Wissenschaft und entwicklungspolitischer Praxis. Die ReferentInnen aus unterschiedlichen Organisationen und Fachrichtungen, wie auch die zahlreichen Publikumsfragen gaben viele Anstöße zu weiterführenden Debatten. In diesem Heft, gedacht nicht nur als kleiner Dank an die Vortragenden, sondern auch als Informationsmöglichkeit für eine breite Fachöffentlichkeit, sind die Referentenbeiträge dokumentiert und durch kurze thematische Einführungen sowie Zusammenfassungen der Diskussion umrahmt.

TeilnehmerInnen des 42. Lehrgangs des SLE haben gemeinsam mit Stipendiaten der HBS die Diskusstage vorbereitet und moderiert. Die Veranstaltung ist ein fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms am SLE. Die HBS stellte den logistischen und finanziellen Rahmen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen ReferentInnen wie auch bei allen, die für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung gesorgt haben.

Dr. Karin Fiege
Seminar für Ländliche
Entwicklung (SLE)

Kerstin Kippenhan
Heinrich-Böll-Stiftung

Bedeutung des Islam für die Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Einführung

Die Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zeigen, dass kulturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen wesentlich über Erfolg und Misserfolg von Entwicklungsprojekten und -programmen entscheiden. Für die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit von EZ-Vorhaben ist die Anpassung an lokale soziokulturelle Rahmenbedingungen eine Grundvoraussetzung.

Hierbei handelt es sich um keine neue Erkenntnis. Hochaktuell ist jedoch die intensive Beschäftigung mit dem Thema „Islam und Entwicklungszusammenarbeit“, welches in dieser Form erst seit kurzem ins Blickfeld entwicklungspolitischer Akteure gerückt ist. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), politische Stiftungen sowie viele Organisationen der EZ stellen sich gegenwärtig die Frage, ob eine Neuorientierung der EZ in islamisch geprägten Ländern notwendig ist, und wie diese gestaltet werden kann.

Die Debatte um eine entwicklungspolitische Neuorientierung der Kooperation mit islamisch geprägten Ländern ist eng verknüpft mit der Art und Weise, wie der Islam in der westlichen Welt wahrgenommen wird: Einerseits wird der Islam als Bedrohung gesehen, was in den Augen einiger Akteure eine Konzentration auf Maßnahmen im Bereich Terror- und Krisenprävention zur Folge haben sollte. Für andere ist der Islam eine Metapher für Rückständigkeit und steht einer Modernisierung im Wege, weshalb eine Kooperation mit islamischen Partnern in der EZ als problematisch angesehen wird.

Die Veranstaltung möchte hingegen aufzeigen, wie der Islam als soziokulturelle Rahmenbedingung in die Projektplanung und -durchführung eingebunden werden kann, wenn er als Bestandteil der Lebensrealität und der Identität von Gesellschaften wahrgenommen und akzeptiert wird. Deshalb soll kritisch beleuchtet werden, welche Chancen die Einbeziehung islamischer Werte und Normen bietet. Welche Erfahrungen gibt es bei der Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen im Rahmen der Projektarbeit? Wer sind potenzielle Partner der EZ in islamischen Ländern? Letztendlich soll jedoch auch die Fra-

ge nach den Widersprüchen zwischen grundlegenden Normen deutscher EZ und islamischen Werten Beachtung finden.

Diese Fragen sollen anhand der Vorstellung einer Eigenmaßnahme der GTZ zum Thema sowie durch Präsentation von Beispielen aus der Praxis im subsaharischen Afrika geklärt werden. Die Veranstaltung möchte damit Gelegenheit zum Informationsaustausch über bestehende Erfahrungen und Praxisbeispiele bieten, vorhandene Ansätze und Strategien zur Diskussion stellen und die Debatte über das Thema „Islam und EZ“ allgemein voranbringen.

Islam und Entwicklungszusammenarbeit in Afrika - Ein Ansatz zur nachhaltigen und wirksamen Entwicklungszusammenarbeit in islamisch geprägten Ländern

von Frau Marion Fischer, Eigenmaßnahme „Islam und Afrika“ der GTZ.

Unser Ziel ist es, durch die Eigenmaßnahme der GTZ zu „Islam und EZ in Afrika“ die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Afrika zu verbessern, indem wir dazu anregen, entwicklungspolitische Potenziale islamischer Standpunkte und Gesellschaftsstrukturen zu nutzen sowie kulturelle Widersprüche zu vermeiden.

Wir suchen und entwickeln Anknüpfungspunkte zur deutschen EZ mit islamischen Partnern, islamischen Bestimmungen und islamischen Wertvorstellungen. Diese Anknüpfungspunkte entwickeln wir durch das Sammeln von „good practices“.

Ein aussagekräftiges „Best Practice“-Beispiel für die Einbeziehung von islamischen Strukturen in die EZ-Arbeit ist ein Projekt über Basisgesundheitsdienste und „Zakat“ (Armensteuer) in Mauretanien: Um die Versorgung von Bedürftigen mit Basisgesundheitsdiensten zu verbessern, hat die GTZ in Mauretanien in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium auf die islamische Pflichtabgabe der Armensteuer (*Zakat*) zurückgegriffen. Diese wurde zuvor auf privater Basis an Bedürftige aus dem eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis vergeben. Nun wird die Armensteuer in einem Fonds gesammelt und für die Gesundheitsversorgung von Armen zur Verfügung gestellt. Als Grundlage diente ein Rechtsgutachten (*Fatwa*) eines islamischen Rechtsgelehrten, der

diese Vorgehensweise empfahl.

Ein weiteres „*Best Practice*“-Beispiel ist ein Projekt zum Ressourcenmanagement in Mauretanien: Im Auftrag des Projektes "Umsetzung der Wüstenbekämpfungs- und der Biodiversitätskonvention" in Mauretanien wurde die Sichtweise des Islam zum Management natürlicher Ressourcen untersucht. Ziel der Studie war es, islamische Bestimmungen transparent zu machen sowie die Bedeutung der Scharia für eine neue Politik des Ressourcenmanagements und eine neue Umweltgesetzgebung in Mauretanien aufzeigen. Die Ergebnisse der Studie zeigten, dass der Einbezug des islamischen Rechts im Bereich des Ressourcenschutzes die lokale Selbstbestimmung fördert und den zentralstaatlichen Eingriff reguliert. Die Gesetzgebung in Anlehnung an die Scharia bedeutet, dass vorwiegend die gemeinschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen den Vorrang hat. Die Akzeptanz seitens der Bevölkerung von Gesetzen in Anlehnung an die Scharia ist größer. Empfehlungen an das Projekt waren, die erfolgreiche Ausarbeitung des Weiderechts auf der Grundlage der Scharia weiterzuführen und mit Religionsgelehrten zusammenzuarbeiten, um eine befriedigende Lösung zur Frage der Ressourcennutzung für alle Beteiligten zu finden.

Ein anderes „*Best Practice*“ Projekt ist Familienplanung und HIV/AIDS Bekämpfung im Senegal und in Gambia: Das Projektkonzept wurde von Beginn an auf den islamischen Kontext ausgerichtet. Das gesundheitsrelevante Handeln im Senegal und in Gambia wird zu einem wesentlichen Teil von religiösen Faktoren und Einflüssen bestimmt. Das Projekt arbeitete daher mit aufgeschlossenen Imamen zusammen, die sogar Rollen in Sensibilisierungsfilmen und Hörkassetten übernahmen. Diese Vorgehensweise stellte sich als ein wesentlicher Erfolgsfaktor heraus. Auch war zu beobachten, dass die Einstellungen der islamischen Führer sich im Laufe der Zusammenarbeit veränderten, und zwar dahingehend, dass sie immer stärker bei Aufklärungskampagnen mitarbeiteten.

Das „*Best Practice*“-Beispiel einer nach islamischen Prinzipien operierenden Privatbank in Mali wird im nächsten Vortrag von Herrn Dr. Ellsäcker vorgestellt.

Im Rahmen der Eigenmaßnahme werden Gutachten erstellt, beispielsweise über das Thema Rechtspluralismus im Ressourcenmanagement in Kamerun (September 2003): Für das Projekt "Verbesserung des Selbsthilfepotentials

der ländlichen Bevölkerung im Département Mayo-Sava", Kamerun, wurde geprüft, auf welcher Rechtsgrundlage Urteile von den lokalen Autoritäten gefällt werden. Dabei wurden besonders die islamischen Rechtsquellen untersucht. Als Ergebnis konnten die Grundlagen der Rechtsprechung geklärt werden: Grundlagen sind das nicht kodifizierte und nicht bewusst gemachte Brauchtum bzw. die Beziehungen der Streitparteien zum Richter. Der Bezug zu den Hadithen und dem Koran wird nur zur Bestärkung von traditionellem Recht genommen (indem z.B. auf den Koran geschworen wird). Empfehlungen an das Projekt sind die Aufklärung der Bevölkerung über staatliches und evtl. auch islamisches Recht, um die willkürliche Rechtssprechung zu unterbinden.

Ein sehr aktuelles Gutachten wurde über HIV/AIDS und Islam in Mali im Februar und März 2004 erstellt:

Die islamischen Autoritäten haben sehr großen Einfluss auf die sozialen Normen. Der Dialog der Gutachter mit ihnen war von großer Offenheit gekennzeichnet. Über AIDS zu sprechen war kein Problem. Problematischer war es, über Präservative zu sprechen. Es zeigte sich, dass islamische Autoritäten bereits aktiv im Kampf gegen die Stigmatisierung von AIDS-Kranken sind.

Empfehlungen an das Projekt sind, in jedem Fall mit religiösen Autoritäten in Dialog zu treten. Parallel dazu sollte immer mit medizinischem Personal gearbeitet werden, da das Wort eines Arztes in religiösen Kreisen sehr viel gilt. Eine Diskussion auf Grundlage der Religion sollte nicht von nicht-islamischen Personen geführt werden. Ferner sollte darauf geachtet werden, dass immer religiös bewanderte Frauen miteinbezogen werden, die wiederum andere Frauen informieren und mobilisieren können. Für die Arbeit mit religiösen Autoritäten sollten Materialien ins Arabische übersetzt werden. Dies wird besser verstanden und hat mehr Autorität, da es die Sprache des Koran ist. Außerdem stellt Arabisch eine Wissenschaftssprache dar, in der eher über Sexualität gesprochen werden kann als im Französischen oder Bambara. Ferner können religiöse Autoritäten Aufklärungsaufgaben übernehmen, wahre Informationen verbreiten und falsche aussortieren. Ein Forum mit islamischen Autoritäten, die zum Ende eines Projektes eine Resolution unterschreiben, könnte der HIV/AIDS-Prävention förderlich sein.

Ein weiteres sehr aktuelles Gutachten behandelt den Zusammenhang von lokalem Islam und Dezentralisierung im Senegal (Erdnussbecken, südöstlich

von Dakar):

Die schon weit vorangeschrittene Dezentralisierung im Senegal und die spezielle Form des Islam, die der maraboutischen Bruderschaften, sind eng miteinander verwoben. Trotz der laizistischen Verfassung haben die islamischen Würdenträger einen großen Einfluss. Man könnte sagen, der Staat hat sich eine laizistische Verfassung gegeben, die Gesellschaft hingegen funktioniert nicht laizistisch. Die Bevölkerung im Erdnussbecken ruht auf drei Säulen: dem Islam als Religion, den Kommunen als Verwalter der Gemeinwesen und der staatlichen Verwaltung, die den gesamtstaatlichen Zusammenhang sichert. Die Marabouts sind ein wichtiger Integrationsfaktor für die Akzeptanz von Neuerungen und Umstrukturierungen und werden bei wichtigen Entscheidungen so gut wie immer zu Rate gezogen. Eine Empfehlung an das Vorhaben ist die frühzeitige Information von religiösen Autoritäten bei der Durchführung von EZ-Projekten und ihre Einbeziehung bei der Umsetzung.

Überdies werden von der GTZ im Rahmen der Eigenmaßnahme Fachtagungen zum Thema veranstaltet. Außerdem wird mit Universitäten, politischen Stiftungen, EZ-Organisationen und islamischen und lokalen Organisationen kooperiert.

Diese innovativen Ansätze werden in Form von Beratung vor Ort zur Berücksichtigung und Miteinbeziehung von islamischen Positionen und Strukturen weitergegeben.

Außerdem bietet die GTZ Informations-Angebote wie den Newsletter (vierteljährlich), Intra- und Internet-Auftritt und thematische Broschüren an. Es werden zusätzlich Veranstaltungen mit dem Ziel zu informieren, zu sensibilisieren und anzuregen durchgeführt. Schließlich werden auch Module entwickelt für Auslandsmitarbeiter, die ins islamisch geprägte Afrika ausreisen.

Bisherige Schlussfolgerungen der Eigenmaßnahme der GTZ zum Thema Islam in Afrika sind folgende:

- Viele der islamischen Normen haben auch Relevanz für die Tätigkeitsfelder der EZ.
- Es gibt sowohl gemeinsame als auch divergierende Entwicklungsziele von deutscher EZ und islamischem Diskurs, was sich am Beispiel der Mädchenbildung zeigen lässt.

- Die Verknüpfung von islamischen Werten und Strukturen und den Schwerpunktthemen der EZ ist noch wenig bekannt.
- Der Beratungsbedarf seitens der Auslandmitarbeiter/innen ist vorhanden.
- Das Kooperationsangebot an die islamischen Partner wurde, teils nach anfänglicher Irritation, gern angenommen.
- Die Einstellungen beider Partner verändern sich im Dialogprozess; der Wunsch nach Dialog und Weiterentwicklung ist sehr stark vorhanden.
- Die Berücksichtigung von islamischen Bestimmungen erhöht den Grad an Partizipation der Zielgruppe. Es zeigte sich oft, dass islamische Autoritäten mehr bewirken können als Projektpersonal und auch mehr Unterstützung bekommen.

Die Gründung einer islamischen Finanzinstitution in Mali als Beispiel einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Islam

*Zusammenfassung des Vortrags von Dr. Konrad Ellsäßer (FIDES)**

Der Beitrag fußt auf den Erfahrungen von FIDES beim Aufbau einer islamischen Mikrofinanzinstitution im Norden Malis, in der Übergangszone von der Sahara zum Sahel. Diese Initiative im Auftrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gilt als erfolgreich und ist jetzt das Modell für ein ganzes Netz von kleinen regionalen Banken im Norden des Landes.

Der Vortrag geht von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung dieser ehemaligen Bürgerkriegsregion aus. Er beleuchtet das Thema der Bedeutung und der Rolle des Islam in der Entwicklungszusammenarbeit am konkreten Beispiel der Gründung einer Finanzinstitution. Hierbei werden folgende Elemente vorgestellt:

- Die Interpretation von Finanzgeschäften durch den Koran und *Islamic Banking*.
- Zugang zu Finanzdienstleistungen und Armutsbekämpfung.

* Die Powerpoint-Präsentation dieses Vortrags findet sich im Anschluss.

- Die Rolle der Religion bei der Konfliktschlichtung und -begrenzung.

Das konkrete Beispiel erhellt diese Themen. Die Auseinandersetzung mit dem Islam entstand im Gründungsprozess der Bank. Es wurde bald klar, dass die gemeinsame Gründung einer Bank, unter Einschluss aller ethnischen Gruppen, auch der, die sich vorher bekämpft hatten oder die vorher in Abhängigkeitsverhältnissen gelebt hatten, gewaltigen Konfliktstoff birgt. Der einzige wirklich von allen geteilte Referenzrahmen war die islamische Religion. Insofern war eine Schiedsfunktion anerkannter islamischer Geistlicher ein integrierbares Element, das als weit tragfähiger erschien als die (meist korrupte) staatliche Rechtsprechung.

Andererseits bietet aber der Islam verschiedene Interpretationen von Finanzgeschäften, die sofort zu neuen Auseinandersetzungen führten. Während etliche Gruppen eine ganz normale Geschäftsbank wollten, wurde rasch klar, dass eine solche einen anderen Teil der Bevölkerung ausschließen würde. Dies brachte schließlich die Initiatorengruppe von etwa 40 Unternehmern dazu, sich für eine korankonforme Finanzinstitution zu entscheiden. Mit dieser Entscheidung wurden letztlich zwei Ziele verfolgt: die Verhinderung von Ausgrenzung und die Schaffung von Mechanismen der Schlichtung und der Möglichkeit, sozialen Druck auf säumige Zahler ausüben zu können.

Die Schaffung von mit islamischen Werten konformen Produkten und Handlungsweisen war also kein Ziel an sich, sondern ein ökonomisch rationales Mittel zum Zweck. Es hat heute vor allem zwei wesentliche Auswirkungen:

- Die Senkung von Risikokosten, die Kreditrückzahlung ist mit über 99% besser als bei allen anderen malischen Finanzinstitutionen.
- Die Verhinderung der Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung (bei vielen anderen Entwicklungsprojekten der Fall).

Der Beitrag zeigt, wie ein gutes Verständnis des religiösen Werteumfeldes mittels eines konstruktiven Dialogs in die Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden kann und wie dadurch ermöglicht wird, deren Resultate zu sichern und zu verbessern.

Die Gründung einer islamischen Finanzinstitution in Mali als Beispiel einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Islam

Von Dr. Konrad Ellsäßer, *Finances pour le Développement Economique
et Social (FIDES)*



Initiative zur Gründung einer Finanzinstitution in einem der ärmsten Gebiete Malis ("Azawad Finance AG")

Partnerschaft von



600 lokale Unternehmer aus
allen Schichten der
Bevölkerung



FIDES
Finances pour le développement
économique et social

**Initiative zur Gründung einer Finanzinstitution in einem
der ärmsten Gebiete Malis
("Azawad Finance AG")**

Initiative im
Spannungsfeld von
drei Elementen



Internationale Erfahrung im
Mikrofinanzwesen

Entwicklungssituation der
Region

Präzepte des Islam für
Finanzgeschäfte

3

Mikrofinanzwesen

"Finanzgeschäfte mit Personen, die von klassischen
Bankdienstleistungen ausgeschlossen sind"

Gründe für den fehlenden Zugang:

- Garantien
- Geringe Kredithöhe
- Religiöse und soziale Aspekte -> Regeln des Islam für Finanzgeschäfte

4

Mikrofinanzwesen

Kein marginales Problem:

- Nur 5% der 500 Millionen Klein- und Kleinstunternehmer auf der Welt haben Zugang zu formellen Finanzdienstleistungen
- Afrika: 2%
- Afrika, ländlicher Raum: < 1%

5

Mikrofinanzwesen

Auch Arme brauchen diversifizierte Finanzdienstleistungen:

- Kredit
- Sparen
- Transfers
- Versicherungen

6

Mikrofinanzwesen

In den letzten Jahren wurden große Fortschritte erzielt:

- Ca 100 Mio., Kunden
- Kreditvolumen ca. 1 Mrd. USD
- Positive Auswirkungen auf Einkommen und Beschäftigung
- Hohe Rückzahlungsmoral
- Mikrofinanztechnologien ermöglichen Arme nachhaltig mit Finanzdienstleistungen zu versorgen. Arme sind bereit die tatsächlichen Kosten zu bezahlen

7

Mikrofinanzwesen

aber als Herausforderung:

- ca. 1 Mrd. Menschen immer noch ohne Zugang zu formellen Finanzdienstleistungen
- 75% der Mikrokredite in Asien
- Geringere Entwicklung in Afrika und im mittleren Osten

8

Mali

Im Sahel Westafrikas:

- Ca. 13 Mio. Einwohner
- Mehrheit im ländlichen Raum
- Informeller Sektor Haupteinkommensquelle
- Ziel: 1 USD pro Tag
- Niederschlagsgradient von Süd nach Nord



9

Mali

Im Norden:

- Rand der Sahara
- Ehemaliges marokkanisches Protektorat
- Hohe klimatische Risiken
- Ärmstes Gebiet
- Bewaffneter Konflikt in den Neunzigerjahren
- Oasensituation des Nigerbinnendeltas, hohe biologische Produktivität



10

Traditionelles Wirtschaftsmodell

Spezialisierte ethnische Gruppen:

- Viehhalter (Touareg, Peul)
- Ackerbauern (Sonrai, Bella, Bambara...)
- Fischer (Bozo)
- Schmiede, etc.
- Definierte Austauschbeziehungen („pactes d'alliance“), Tauschhandel dominant, Geld spielt eine geringe Rolle

11

Auflösung des traditionellen Wirtschafts- und Sozialsystems

Faktoren:

- Demographie
- Degradierung der natürlichen Ressourcen

Konsequenz: Notwendigkeit, neue Einkommensquellen zu erschliessen

?

- Auflösung der Spezialisierung
- Neue Aktivitäten in Handel und Verarbeitung
- Wachsende wirtschaftlichen Rolle der Frauen
- Monetarisierung

?

Nachfrage nach Finanzdienstleistungen

12

Initiative der Gründung einer Finanzinstitution

Hauptmotivationen:

- Zugang zu neuen Einkommensformen
- Schuldenfalle
- Soziale Kohäsion der Familien
- **Gleichzeitig:**
- Kein Interesse bestehender Banken
- Alle Versuche gescheitert, Finanzdienstleister von Außen zu installieren

?

Notwendigkeit, selbst eine Institution zu gründen

13

Aufbau einer Finanzinstitution

Im Dialog schälen sich die wesentlichen Merkmale der Institution heraus

Wichtige, aber hoch konflikt-beladene Initiative:

Religiöse Beschränkungen für Finanzdienstleistungen,

**aber zugleich Religion wichtigster gemeinsamer
Nenner**

14

Exkurs: Mikrofinanzwesen und Islam

Der Koran untersagt klassische Zinsgeschäfte

Aus dem historischen Kontext zu verstehen:

- Netz von Handelsoasen im Wüstenumfeld
- Handel als einzige mögliche Einkommensquelle

?

Risikobehaftet

15

Mikrofinanzwesen und Islam

Handel als einzige mögliche Einkommensquelle

?

Risikant

?

Einforderung von Kredit unabhängig v. Ertrag

Existenz gefährdend

?

Verbot von klassischen Zinsgeschäften,

Beteiligung der Bank am Risiko

Vergleichbare Begrenzungen im deutschen Rechtssystem
("Sittenwidriger Vertrag")

16

Mikrofinanzwesen und Islam in Léré

Gekonnte Umsetzung der Regeln des Islam führt zu modernen Finanzkonzepten. Beteiligung der Bank am Risiko durch Formen von:

- Risikokapital
- Leasing
- ? Umsetzung im Dialog in Léré: Intensiver Austausch über Prinzipien und ihre Auslegung zwischen Technikern und Religionsverantwortlichen
- ? Aus gemeinsamer Arbeit mit schwierigen Konflikten erwächst gegenseitiger Respekt und geteiltes Erfolgserlebnis
- ? Hohes Ansehen der Institution
- ? Institutionalisierung der Konfliktlösungsmechanismen

17

Mikrofinanzwesen und Islam in Léré

Form der Institution weit von klassischem Projekt entfernt:

- ? Aktiengesellschaft, Anteilseigner zu 75% ca. 800 lokale Unternehmer
- ? Anerkannte und geprüfte Finanzinstitution mit kompetentem lokalem Personal
- ? Kostendeckend, hohe Rückzahlungsrate
- ? Kadi mit Schlichtungsfunktion
- ? Anerkennung der Institution im lokalen Finanzmarkt, Zusammenarbeit mit anderen Banken

18

Mikrofinanzwesen und Islam in Léré

schariakonforme Produkte:

- ? Risikobeteiligung der Finanzinstitution bei Krediten
- ? Leasing, z.B. im Immobilienbereich
- ? Erfolgsbeteiligung auf Sparprodukte
- ? Modernes Transfersystem
- ? Respektieren der Religion, aber klare Rollenverteilung

19

Erfahrung

- Die Schiedsrolle des Kadi schützt die Bank und ihre Kunden besser als das (korrupte) formelle Rechtssystem
- Insgesamt stärkt diese Strategie die Eigenverantwortung, senkt Kosten und sichert die Nachhaltigkeit.
- Sie ermöglicht, auch in schwierigem Umfeld in kurzer Zeit eine Finanzinstitution aufzubauen, die in der regionalen Wirtschaft eine zentrale Rolle spielt

20

Erfahrung

- “Arme” wollen nicht als marginalisierte Bittsteller behandelt, sondern als Unternehmer anerkannt werden, auch wenn ihr Unternehmen noch so klein ist.
- Hierzu gehört auch der Respekt ihrer Werte, einschließlich religiöser Wertvorstellungen.
- Der intensive Dialog mit dem Islam hat die neue Institution nicht geschwächt, sondern gestärkt. Sie genießt hohe Anerkennung in der Bevölkerung und hat exzellente Rückzahlungsraten
- Die Berücksichtigung des Islam in der Konzeption der Institution und ihrer Produkte hat den Zugang weiter Teile der Bevölkerung erst ermöglicht

21

Erfahrung

- Hierzu sind Kenntnisse in mehreren Wissensfeldern, und auch der Wille zur Transparenz notwendig.
- Alle Beteiligten müssen an wertekompatibler und zugleich technisch solider Lösung interessiert sein
- Offensiver, nicht defensiver Dialog notwendig
- Entscheidender Beitrag zur Befriedung der Region

22

Personelle Zusammenarbeit im sahel-islamischen Kontext – Erfahrungen aus einem Projekt in der Republik Tschad

von Joerg Meyer, ehem. Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) im Tschad (1999-2001)

Einleitung

Die Personelle Zusammenarbeit (PZ) stellt neben der Technischen (TZ) und der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit den Partnerländern des Südens ein zentrales Element der Instrumente der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (EZ) dar. Ihr Ziel ist es, vorhandene Fähigkeiten und Kenntnisse der Menschen in den Partnerländern zur eigenverantwortlichen Entfaltung zu bringen. Als wesentliche Komponenten stehen dabei im Vordergrund die:

- Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Partnerländer,
- Förderung von Existenzgründungen und Beschäftigung (berufliche Eingliederung),
- Vermittlung und Einsatz von nationalen und internationalen Fachkräften.¹

Mehr noch als bei den letztgenannten Elementen ist der Bereich der PZ durch einen häufig längerfristigen, direkten Kontakt, Dialog und Austausch zwischen dem entsandten Fachpersonal und den einzelnen Mitgliedern der lokalen Adressatengruppen charakterisiert.

Dieser Artikel beschreibt die Auswirkungen des Islam auf die Rahmenbedingungen der PZ anhand eines konkreten Projekts. Welche soziokulturellen Faktoren beeinflussen im islamischen Kontext die Handlungsmöglichkeiten einer externen Fachkraft direkt und indirekt? Führen sie zu Zielkonflikten hinsichtlich der Projektvorgaben? Welche Maßnahmen und Strategien können zu einem besseren interkulturellen Verständnis und mehr Effizienz in der Projektarbeit führen?

Es muss eingangs betont werden, dass aus den individuellen Erfahrungen des Verfassers vor Ort keine verallgemeinernde Schlüsse für andere Länder und

¹ Vgl.: www.bmz.de

Projekte gezogen werden können, da es „den Islam“ als solchen nicht gibt. Das Islamverständnis ist von Region zu Region auch innerhalb Afrikas unterschiedlich, wobei es im wesentlichen von drei Faktoren beeinflusst wird:

1. die historisch eingebettete, von Menschen erarbeitete und gelebte Tradition,
2. die orts-, zeit- und gesellschaftsabhängige Praxis in Geschichte und Gegenwart und
3. die herrschenden Vorstellungen der Muslime von einem „rechten“ islamischen Leben.

Eine Beschäftigung mit den Grundzügen des Islam, seinen Glaubens- und Wertevorstellungen ist jedoch Voraussetzung für eine für beide Seiten gute und fruchtbare Zusammenarbeit vor Ort. Die spezifischen soziokulturellen Bedingungen, Merkmale und Ausprägungen, die die lokale Gesellschaft ausmacht, erlebt man am besten durch aktive teilnehmende Beobachtung. Sie alleine sind aber nicht die bestimmenden Faktoren der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Hinzu kommen (lokal)politische, ökonomische und umweltbezogene Einflüsse, die in komplexen, dichten und anfänglich unübersichtlichen Strukturen in Beziehung miteinander stehen und zusammen mit der Persönlichkeit der entsendeten Fachkraft die entwicklungspolitische Zusammenarbeit prägen.

1. Die Rahmenbedingungen

Ort des Projekts:

Massaguet, ca. 100 km nordwestlich der Hauptstadt N'Djaména im Sahelgebiet, also dem muslimisch geprägten Teil des Landes. Ein wirtschaftsstrategisch wichtiger Umschlagplatz für Vieh und Handelsgüter aller Art sowie Verkehrs-Knotenpunkt nach Libyen und Sudan. Trotzdem ist die Infrastruktur des Ortes kaum ausgebaut. In 2001 administrativ aufgewertet, indem es Verwaltungssitz des im Zuge der Dezentralisierung² neu geschaffenen *Départements* Hadjer Lamis wurde. Hier zeichnen sich erste Akteure

² siehe zu diesem Thema: Lohse, Volker: Dezentralisierung im Tschad (1960-2002), in: *Verfassung und Recht in Übersee (VRÜ)*, 35 (2002).

und Konfliktpotenziale ab, nämlich die Auseinandersetzung um Kompetenzen und Ressourcen zwischen traditionell muslimischen und staatlichen Autoritäten, die zugleich auch eine ethnische Komponente besitzt.

Direkte Adressatengruppe:

Die 25 Mitglieder des Vorstandes von ADEMA (*Association pour le Développement de Massaguet*), davon fünf muslimische Frauen und zwei Christen aus dem Süden. Ziel der Organisation ist es, die Lebensbedingungen der örtlichen Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Jugend, Ressourcenmanagement (Wasser, Brennholz) Frauenförderung und Gesundheit zu verbessern.

Erweiterte Adressatengruppe:

Die lokale Bevölkerung. Massaguet ist ein mittelgroßer aufstrebender Ort mit ca. 17.000 Einw. einschließlich der umliegenden Dörfer, der eine Vielzahl auch der aus dem Süden stammenden ethnischen Gruppen des Landes repräsentiert, wobei jedoch die lokalen arabischen Ethnien dominieren. Dies spiegelt sich in etwa auch in der Zusammensetzung des Vorstands der Organisation wieder. Im Allgemeinen ist das Zusammenleben der einzelnen ethnischen und religiösen Gruppen gut; Spannungen und Konflikte jeder Art sind aber latent vorhanden und können sich insbesondere bei Ressourcenknappheit schnell verschärfen.

Die Situation:

Die NRO Szene im Tschad ist sehr schwach ausgebildet. Durch die politischen Unruhen und Bürgerkriege der letzten Jahrzehnte wurde die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen stark beeinträchtigt. Die mangelhafte Infrastruktur in weiten Teilen des Landes verschärft die Isolation des Landes, insbesondere der ländlichen Regionen. Die Unfähigkeit des Staates, seinen Hoheitsaufgaben in vielen Bereichen nachzukommen, führte in den letzten Jahren zu einem rapiden Wachstum an Selbsthilfeinitiativen (SHI), die allerdings durch das geringe Bildungsniveau ihrer Mitglieder in ihrer Effizienz häufig eingeschränkt sind. Die existierenden NRO sind meistens regionalen oder ethnischen Ursprungs, deren Vertreter sich oft auf diese Weise in der Hauptstadt N'Djaména für eine Unterstützung ihrer Heimatregion einsetzen. Neben diesen hehren Motiven spielt aber auch die Pflege des Prestiges auf lokalpoli-

tischer Ebene eine Rolle.³

Die Aufgabe:

Organisationsentwicklung mit zwei Schwerpunkten: zum einen die institutionelle Stärkung der Organisation. Damit ist konkret *capacity building* durch prozessorientierte und methodische Weiterbildung der aktiven Mitglieder des Vorstands gemeint, um eine effiziente strategische und praktische Leitung der Organisation herbeizuführen. Darauf aufbauend die Unterstützung des Vorstandes und der Außenaktivitäten der Organisation, die sie zum Wohl der örtlichen Bevölkerung umsetzen wollte. Dazu gehörte die realistische Planung, die praktische Durchführung und eine objektive Evaluierung der avisierten Projekte.

Vor Ort auftretende Schwierigkeiten:

Bezüglich des ersten Aufgabenschwerpunktes, dem *capacity building*, wurde eine Schwierigkeit oben schon genannt. Außerdem wohnten und arbeiteten die Intellektuellen und Gründungsmitglieder der Organisation mittlerweile größtenteils in der Hauptstadt und kamen nur am Wochenende zu ihrer Familie. Wichtige Entscheidungen konnten deswegen nur an den seltenen Tagen stattfinden, an denen sich alle Vereinsmitglieder zusammen fanden.

Bei den in Massaguet ansässigen Mitgliedern mit den entsprechenden Fähigkeiten und, ein ganz wichtiger Umstand, der Möglichkeit, sich neben dem lebensnotwendigen täglichen Broterwerb ehrenamtlich zu engagieren, handelte es sich um meinen *counterpart*, einem Muslim aus der Provinz Kanem (Vize-Präsident) und den bereits erwähnten zwei Christen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit (zuständig für Bildung und Gesundheit). Wie bei den meisten aus dem Süden stammenden Ethnien handelt es sich bei den beiden um nach Massaguet versetzte Beamte; der eine als Inspektor für das Schulwesen, der andere als Leiter der Umwelt- und Hygieneabteilung der örtlichen Krankenstation. Damit stellen sie auf lokaler Ebene zwei wichtige Persönlichkeiten im öffentlichen Leben, aber mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zur lokalen Bevölkerung, dar. Die Motivation für das unentgeltliche Engagement dieser beiden Mitglieder ist, neben dem ohne Zweifel vorhandenem

³ vgl.: Deutscher Entwicklungsdienst, EO-Bericht 2002, Westafrika/ Tschad, S. 190-198

Willen, sich und ihre Umwelt weiter zu entwickeln, bestimmt auch die, sich in der für sie fremden Umgebung zu ihrer fachlichen Kompetenz auch ein ihrer Stellung entsprechendes soziales Prestige zu erarbeiten.

Eine prinzipielle Schwierigkeit in diesem Zusammenhang sowohl auf Makro- als auch auf Mikroebene ist der Klientelismus, der sich an der ethnischen Zugehörigkeit orientiert und damit letztendlich auch an der religiösen Zuordnung. Zwar sind die christlichen Ethnien im Süden generell besser ausgebildet als die muslimischen Ethnien im Norden. Letztere jedoch besetzen die entscheidenden Schlüsselfunktionen, insbesondere die Angehörigen des Clans des Präsidenten und verfügen so über die notwendigen Ressourcen und Beziehungen.

Die besser ausgebildeten Südschader werden in der Administration dringend gebraucht, stehen aber zumeist nur in der „zweiten Reihe“ und arbeiten ihren oft weniger kompetenten muslimischen Vorgesetzten zu. Das bedeutet, dass die Positionen von Entscheidungsträgern häufig nicht mit den dafür adäquaten Personen besetzt werden. Dies führt zu ethnischen Spannungen, bürokratischer Ineffizienz und sozialer Ungerechtigkeit vor allem im Süden des Landes, wo die Bevölkerung neben der politischen auch eine kulturelle Dominanz der Muslime befürchtet.⁴ Die seit Kurzem angelaufene Förderung von Rohöl im Doba-Becken könnte eine solche Tendenz verstärken.

2. Einige konkrete Beispiele aus der Praxis:

Wasserproblematik:

Es gibt einen zentralen Brunnen im Ort, der von der gesamten Bevölkerung und ihren Tieren genutzt wird. Dieser wurde seinerzeit von einem inkompetenten Komitee lokaler Notabeln betrieben, die keine kontinuierliche Wartung und Nutzung gewährleisten konnten, gleichzeitig aber aus den Einnahmen ihren persönlichen Profit abzweigten. Dadurch ist der Zugang zu Wasser für Einkommensschwache sowie insbesondere für Frauen und Kinder ortsfrem-

⁴ In der Geschichte des Tschad seit seiner Unabhängigkeit gab es allerdings auch Phasen unter umgekehrten Vorzeichen. Hier sei an die „tschadische Kulturrevolution“ und der Wiedereinführung des Yondo-Ritus unter dem ersten Präsidenten Tombalbaye (1960-1975) erinnert. Siehe u.a.: Azevedo, Mario J.: „Chad – A Nation in Search of Its Future“, Westview Press, Boulder (1998).

der Ethnien aus dem Süden schwieriger.

Der von ADEMA zusammen mit seiner Baumschule betriebene kleine Brunnen am Ortsrand wurde von diesem Komitee als Konkurrenz angesehen. Der Organisation wurde das einträgliche Geschäft der Viehversorgung vom *Sous-Préfet*, der höchsten staatlichen Autorität vor Ort, untersagt. Gegen den Beschluss des *Sous-Préfet*, der gleichzeitig Angehöriger des Präsidenten-Clans (*les intouchables*)⁵ und Mitglied des Brunnen-Komitees war, versuchte die Organisation mit ihren Beziehungen zu höheren Stellen in der Hauptstadt zu intervenieren. Der Konflikt zwischen der Organisation und lokalen staatlichen Administration eskalierte derart, dass ADEMA's Diesel-Generator konfisziert wurde und ihr damit die Betriebsgrundlage für diese Aktivität genommen wurde.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen unterstützte der im Zuge der Dezentralisation gerade neu eingesetzte stellvertretende *Préfet* die Position von ADEMA, der sich der *Sous-Préfet* zähneknirschend unterordnen musste. Es handelte sich bei ihm um einen ausgewiesenen Verwaltungsfachmann aus dem Süden, der die neuen administrativen Strukturen für den noch nicht ernannten muslimischen Amtsinhaber vorbereiten sollte. Damit hatte sich der Konflikt auf eine höhere Ebene verlagert. Der Islam spielt in diesem Interessenskonflikt nur eine zweitrangige Rolle, da es sich in erster Linie um den Zugang zu (Macht)Kompetenzen, Ressourcen und Einfluss sowie lokalpolitische Interessen und ethnische Zugehörigkeit handelt, der Konflikte dieser Art prägt. Diese These wird dadurch unterstützt, dass die verheerendsten Konflikte während der Bürgerkriege (1960-1990) zwischen islamischen Ethnien aus dem Norden ausgetragen wurden. Als ausländischer Mitarbeiter kann es anfangs sehr schwer sein, die einzelnen Konfliktlagen zu überschauen und zu verstehen. Dieses Verständnis ist aber unabdingbar, um sich positionieren und angemessen agieren zu können.

Bildung und Jugend

Die muslimische Bevölkerung lehnte von Anfang an das von den Franzosen

⁵ „Die Unantastbaren“ bezeichnet den Umstand, dass Gesetzesübertretungen und Verbrechen von Angehörigen des herrschenden Präsidenten-Clans häufig genug nicht strafrechtlich verfolgt und geahndet werden.

eingeführte Schulsystem ab, das im übrigen nur nach den Bedürfnissen der Kolonialherrschaft ausgerichtet war. Ihr traditionelles Schulsystem war und ist bis heute noch das der Koranschulen. Auch in der gegenwärtigen Situation erfordert es noch sehr viel Überzeugungsarbeit, insbesondere die Eltern in der ländlichen Bevölkerung zu motivieren und zu organisieren und von der Notwendigkeit des Schulbesuches ihrer Kinder zu überzeugen. Für sie ist der Schulbesuch erstens mit Kosten und zweitens mit dem Verlust von Arbeitskraft verbunden. Zudem wird der Sinn von schulischer Ausbildung für Mädchen häufig in Frage gestellt, da sie ja „eh bald verheiratet werden und Kinder bekommen“. Diese Einstellung ist bei der Bevölkerung des Südens nicht so ausgeprägt.

Im muslimischen Kontext geht die Unkenntnis oder Ablehnung der Eltern hinsichtlich der formalen Schulausbildung einher mit mangelndem Vertrauen in ortsfremde oder andersgläubige Lehrer. Die Eltern treffen häufig auf eine mangelnde Motivation der zumeist christlichen Lehrer aus dem Süden. Sie beruht auf der unregelmäßigen und schlechten Bezahlung, fehlender Lehrmittel und schlechter Ausstattung, die, wenn der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, von den Eltern erbracht werden müssen. Außerdem erschwert die Zwangsversetzung von Lehrern *en brousse*, d.h. in entlegene Dörfer der ländlichen Regionen in die Gesellschaft ihnen fremder Ethnien, wo sie nicht ihre gewohnte Lebensumgebung vorfinden, natürlich die Etablierung eines kontinuierlichen Schulangebots.

Frauenförderung

Dies ist in muslimischen Gesellschaften ein mit größeren Widerständen behaftetes Thema als bei den christlichen Ethnien im Süden. Das islamische Gesellschaftsbild im Tschad ordnet traditionell der Frau eine dem Mann untergeordnete Rolle mit eingeschränkten Handlungsspielräumen und bestimmten sozialen Zuweisungen zu. Diese sind aber lange nicht so streng wie z.B. die auf der Arabischen Halbinsel, wo der Zugang der Frauen zum öffentlichen Raum viel stärker reglementiert ist. Dies trifft zwar auch auf die christlichen Ethnien im Süden zu, jedoch sind dort die Frauen durch bessere Bildungschancen selbstbewusster und besser in der Lage, öffentlich zu agieren und/oder sich zusammen zu schließen. In den muslimischen Gesellschaften muss diese Entwicklung noch mehr gefördert werden. Eine weibliche Entwicklungshelferin hat hier den Vorteil eines leichteren Zugangs zu dieser Ad-

ressatengruppe. Gerade jungen unverheirateten Musliminnen wird aufgrund der starken sozialen Kontrolle der Zugang z.B. zu den Bildungs- und Freizeitangeboten des Jugendzentrums in Massaguet erschwert.

Gesundheit, HIV/ AIDS

Auch dieses Thema ist in weiten Teilen der muslimischen Gesellschaft des Tschad noch mit großen Tabus behaftet. Die durch *social marketing* stark propagierte Benutzung von Kondomen hat bei vielen den Beigeschmack eines promiskuitiven Lebenswandels, der gerade bei Frauen nicht toleriert wird. Diese Ansicht wird zwar von allen Teilen der Bevölkerung geteilt, die Aufklärungs- und Nutzungsrate ist aber aufgrund eines höheren Bildungsgrades im Süden höher, wenn auch nur in den urbanen Gebieten und auf sehr niedrigem Niveau.

Im islamisch geprägten nördlichen Teil des Landes liegt es z.T. auch daran, dass die verwendeten Medien nicht adressatengerecht eingesetzt werden. So spiegeln z.B. die im Ausland produzierten und als Anschauungsmaterial präsentierten Videoclips nicht die Lebenswelten der muslimischen Jugend im Sahel wieder und wurden dementsprechend von ihnen auch nicht ernst genommen.

Fazit

Als zumeist westlich und christlich sozialisiertem Europäer ist einer entsandten Fachkraft die entwicklungspolitische Zusammenarbeit im islamischen Kontext kulturell fremder als in einem christlichen Umfeld, mit dem sie zumindest bezüglich des religiösen Hintergrunds eine gemeinsame Basis hat. Aus den wenigen angeführten Beispielen wird deutlich, dass die PZ im islamisch geprägten Teil des Sahel sehr stark darauf angewiesen ist, die einzelnen Akteure im Arbeitsumfeld einordnen zu können.

Es ist deshalb im Rahmen der PZ unabdingbar, sich tiefergehend mit den Grundzügen des Islam und seinen lokalen Glaubens- und Wertevorstellungen zu befassen sowie sich soziokulturell mit der muslimischen Bevölkerung auseinander zu setzen und bereit zu sein, sich auf die gesellschaftlichen Realitäten einzulassen. Dazu gehört auch, sich z.B. den Arbeitszeiten und -leistungen, entsprechend den z. T. unvorhersehbaren traditionellen religiösen Fest- und Fastenzeiten (Geburt, Taufe, Hochzeit, Tod, Ramadan etc.), anzu-

passen.

Hinzu kommt, dass die tiefergehende Beschäftigung mit den Gesellschaftsstrukturen zum Verständnis des lokalpolitischen Beziehungsgeflechts und der unterschiedlichen Konfliktpotenziale notwendig ist. Die hier genannten Punkte sind wichtige Faktoren, die im Kontext der PZ besonders im islamisch geprägten Sahel zu beachten sind, da sie direkten Einfluss auf Zielbestimmung, Planung und Umsetzung haben.

Die muslimische Bevölkerung des Sahel ist aufgrund der kolonialhistorischen Entwicklung insgesamt weniger gut (aus)gebildet als die christliche und hat, damit einhergehend, einen geringeren Organisationsgrad. Auch dieser Umstand erfordert eine offene Auseinandersetzung mit den konkreten islamischen Lebenswelten vor Ort, um die eigenen und lokal vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen richtig einsetzen zu können.

Zusammenfassung der Diskussion:

Nach den Vorträgen der drei Referenten folgte eine Podiumsdiskussion, an die sich eine Diskussion mit dem Publikum anschloss.

Auf die Fragen, wie der Bedeutungswandel des Islam in der EZ bis heute aussehe, welche Rolle er in der Vergangenheit spielte und warum dieses Thema erst jetzt auf der Agenda stehe, meinte Frau Fischer, dass der Islam in der Vergangenheit der EZ so gut wie keine Rolle gespielt habe. Sie sagte, dass man als Auslandsmitarbeiter zwar um Dinge wie den Ramadan oder die Schwierigkeit der Zusammenarbeit mit Frauen wusste, aber sich nicht darum gekümmert habe, welche Positionen und Werte dahinter stünden und gewinnbringend sein könnten. Erst nach dem 11. September wurde man auf das Thema aufmerksam.

Herr Meyer erzählte, dass bei seiner Auslandsvorbereitung durch den DED Anfang 1999 das Thema Islam nicht thematisiert wurde. Die Auslandsmitarbeiter erfuhren nichts spezielles zum Islam. Dies habe sich aber geändert. Die Auslandsvorbereitung des DED werde jetzt bei InWent durchgeführt, wo das Thema jetzt eine, wenn auch immer noch ungenügende, Rolle spiele.

Herr Ellsäcker wies darauf hin, dass es in den afrikanischen Ländern bereits

einen Dialog gebe, den man aufgreifen könnte. Er zeigte eine historische Parallele zu Europa bei der Frage der Trennung von Staat und Religion auf, die sich in Europa erst durch die Industrialisierung vollzogen habe. Je ärmer Menschen seien, desto unsinniger würde aus ihrer der Sicht die Trennung von Staat und Religion. Die Debatte würde spannend und ein Dialog möglich, wenn eine religions-kompatible Lösung einen wirtschaftlichen Vorteil böte. Denn von allen Seiten der Beteiligten bestehe das Interesse sich zu entwickeln. Allerdings gebe es auch innerhalb des Islam verschiedene Sichtweisen dazu. Zu diesem ökonomischen Aspekt führte Herr Ellsäcker als weiteres Beispiel die Debatte zur Sklaverei in Westafrika an. Die Sklaverei sei nur zurückgegangen, weil sie in vielen Situationen ökonomisch uninteressant geworden sei.

In der Folge wurden die Referenten gebeten, konkrete Erfahrungen auf der Projektebene darzustellen.

Frau Fischer betonte, es sei wichtig herauszufinden, inwiefern die Zielgruppen zur Kooperation oder zum Dialog bereit seien, und wer die spezifischen Schlüsselpersonen seien.

Die Bereitschaft zur Kooperation sei bei islamischen Partnern (Autoritäten, Marabouts, Stiftungen) sehr hoch. Über Gutachten werde abgeschätzt, welche Vorstellungen bei den Partnern herrschten und wie diese mitagieren könnten. Auf der islamischen Seite war in der Vergangenheit der Eindruck entstanden, dass man nicht mit ihnen kooperieren wolle, und dass dies jetzt endlich doch geschehe, rufe freudiges Erstaunen hervor. Das Problem sei eher ein psychologisches, dass eine Blockade, ein inneres Hemmnis überwunden werden müsse. Man traue sich jetzt als EZ-Mitarbeiter, auch wenn man sich nicht so gut auskenne. Es würde mit einheimischen, islamischen Gutachtern zusammengearbeitet, von denen man „auf die richtigen Schienen“ gesetzt werden könne.

Herr Meyer betonte, dass die Einbeziehung islamischer Strukturen und Autoritäten unbedingt erforderlich sei, wenn man die Zielgruppe (d.h. die Bevölkerung) erreichen wolle, da sich die Bevölkerung an diesen Autoritäten orientiere.

Herr Ellsäcker erzählte, in seinem Arbeitsgebiet habe die Frage der Einbeziehung des Islam schon lange eine wichtige Rolle gespielt. Dies gelte auch in

anderen islamischen Ländern. Die Debatte würde dabei durch das spezielle Thema, in dem er arbeite (Mikrofinanzwesen), erleichtert. Durch die Berücksichtigung religiöser Werte können Zuständigkeiten klarer definiert werden und die Zuordnung von Entscheidungen sei leichter. Die lokalen Investoren seien letztlich „seine“ Geschäftspartner, und es sei wichtig, diese zu verstehen. Dazu gehöre zum Beispiel zu wissen, warum welche Orientierung für wen wichtig sei.

Man müsse dabei darauf achten, dass alle Beteiligten miteinbezogen würden, und dass nicht nur mit einer kleinen Gruppe gearbeitet werde. Ferner müsse man beachten, was die Ausschlusskriterien für bestimmte Gruppen seien.

Frau Fischer betonte die Frage des *ownership*. Die Einbeziehung lokaler Werte sei von enormer Bedeutung. Sie führte ein Beispiel aus Mauretanien an, wo lokales Recht (der sogenannte *code pasturale*) mehr regle als staatliches Recht.

Im weiteren wurde Frau Fischer gefragt, ob es Ansätze oder Situationen gebe, wo man nicht mit islamischen Institutionen zusammenarbeiten könne, oder bei denen es Widersprüche zu den Prinzipien deutscher EZ gebe.

Selbst im Falle auftretender Widersprüche sei es wichtig, trotzdem den Dialog zu suchen und ein Bewusstsein für den Einfluss islamischer Strukturen zu entwickeln, betonte Frau Fischer. Ein gutes Beispiel hierfür sei die Mädchenbildung in Guinea: Bildung sei ein wichtiger Faktor im Islam, und deshalb stelle sich die Frage, warum dies nicht für Mädchen gelte. Anscheinend gerieten Mädchen durch Bildungsmaßnahmen in einen Kontext, der im Islam nicht mehr anerkannt sei. EZ müsse nun dort ansetzen, wo sich die islamischen Strukturen so ändern ließen, dass diese neuen Verhältnisse anerkannt würden. Wenn man im Dialog bleibe, würden sich die Strukturen vielleicht ändern.

An Herrn Meyer wurde abschließend die Frage gestellt, ob er anhand seiner Erfahrungen im Tschad Aspekte bei seiner Arbeit sehe, an die er mit besserer Vorbereitung durch den DED anders herangegangen wäre. Seiner Meinung nach hätten islamische Strukturen nicht die herausragendste Rolle gespielt, sondern vielmehr andere Faktoren, wie beispielsweise die ethnische Zugehörigkeit.

Frau Fischer pflichtete bei, dass der Islam nicht der herausragendste sozio-

kulturelle Faktor sei, der sämtliche Aufmerksamkeit verdiene. Vielmehr sei der muslimische Glaube ein bisher viel zu wenig beachteter Aspekt, der in Zukunft mehr berücksichtigt werden solle. Diese Überlegung fasste Frau Fischer in einem prägnanten Satz zusammen: „Man denkt darüber nach und verhält sich dazu, und nicht: man verhält sich dazu nicht.“

Aus dem Publikum wurde die Frage aufgeworfen, wie EZ-Maßnahmen mit Islam-Bezug von nicht-muslimischen Gruppierungen in den betroffenen Gesellschaften akzeptiert würden.

Herr Meyer äußerte dazu, er sähe dies als unproblematisch. Wichtig sei es vielmehr, die beteiligten Gruppen in den Dialog zu integrieren. Dies funktioniere besonders vor einem multiethnischen Hintergrund problemlos. Von besonderem Stellenwert seien dabei die Erfahrungen der Zielgruppe und eine Förderung der Kommunikation.

Dazu war Herr Ellsäßer der Ansicht, dass vor allem die technische Ebene von EZ-Projekten für die Zielgruppe von wesentlicher Bedeutung sei. Am Beispiel der Mädchenbildung verdeutlichte er, dass auch die Einbringung anderer Werthaltungen möglich und sinnvoll sei. In einem sich verändernden Umfeld könnte beispielsweise die Ausbildung einer Tochter Vorteile für die Familie bringen.

In Bezug auf die Problematik der Rückzahlungsquote von Krediten in Mikrofinanzsystemen erläuterte Herr Ellsäßer, dass Finanzinstitutionen auch in islamischen Ländern nach ökonomischen Gesichtspunkten arbeiten müssten, aber soziale Kontrolle über religiöse Bindung ein effektives Kontrollsystem sein könnte.

Die Übertragbarkeit von Erfahrungen mit dem Islam im Mikrofinanzbereich in einen anderen nationalen Kontext beurteilte Herr Ellsäßer kritisch. Methoden seien durchaus übertragbar, Erkenntnisse jedoch nicht immer. Seine Organisation arbeite beispielsweise in einigen islamischen Ländern mit normalen dezentralen Bankstrukturen.

Die Notwendigkeit einer Erfahrungssammlung über die Arbeit in islamischen Ländern wurde auch von Frau Fischer hervorgehoben. Die GTZ bemühe sich, allgemeingültige Erkenntnisse für die Arbeit in muslimisch geprägten Ländern

zusammenzutragen.

Weiter wurde aus dem Publikum die Frage gestellt, wie die Eigenmaßnahme der GTZ zum Islam bei EZ-Experten aufgefasst werde.

Frau Fischer berichtete von einem durchweg positiven Echo innerhalb ihrer Organisation. Die Maßnahme werde als Anregung verstanden. Über die Reaktionen der lokalen Kooperationspartner lägen noch keine Informationen vor. Der Diskurs außerhalb des offiziellen Rahmens sei jedenfalls ein ganz anderer als innerhalb von Projekten.

Herr Ellsäcker erzählte von beträchtlichen Einstellungswandlungen seiner Mitarbeiter, die durch die Zusammenarbeit mit islamischen Partnern bewirkt wurden. Schwierig sei die Frage der Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten, da oft nicht klar sei, wer legitimierte Repräsentanten der Religionsgemeinschaft seien.

Herr Meyer hatte bei seiner Arbeit mehr Widerstände von staatlichen Organisationen erfahren als von religiösen Würdenträgern, da diese sehr stark in die Projektarbeit miteinbezogen worden wären.

Das Argument aus dem Publikum, Religiosität werde als Möglichkeit Entwicklung zu forcieren in unserer säkularisierten Gesellschaft vernachlässigt, während sie in anderen Gesellschaften einen motivierenden Faktor darstelle, wurde von Herrn Ellsäcker aufgegriffen. Eine Integration religiöser Werte und Handlungen in den Alltag in Entwicklungsländern sei auch innerhalb von pluralistischen Gesellschaften möglich und sinnvoll. So beginne beispielsweise in einer indischen Bank jeder Arbeitstag mit einem Gebet.

Die Podiumsfrage nach dem praktischen Umgang mit Konflikten zwischen der EZ-Arbeit und islamischen Vorstellungen wurde vom Publikum noch einmal aufgegriffen.

Frau Fischer wies auf die Unterschiedlichkeit der Einzelfälle hin und auf die Unmöglichkeit, allgemeingültige Anleitungen zu formulieren. Spannungen könnten oft andere Ursachen haben als religiöse, beispielsweise Macht oder wirtschaftliche Interessen. In jedem Fall müsse dem Dialog große Bedeutung beigemessen werden.

Aus dem Publikum wurde ferner darauf hingewiesen, dass islamische Gesellschaften sehr diskursbereit seien und sinnvollen Argumenten gerne stattgeben. Es wurde berichtet, dass in einem Projekt in Mali die Verwendung von Kondomen entgegen religiöser Vorschrift mit dem höheren Wert auf Leben begründet worden sei, und sie damit auch mit islamischen Werten kompatibel gewesen sei.

Kurzbiografien der ReferentInnen

Marion Fischer studierte Afrikanistik, Geographie und Ethnologie in Marburg. Nach ihrer Forschungstätigkeit für den DAAD in Burkina Faso arbeitete sie als GTZ-Auslandsmitarbeiterin in Niger, Guinea, Benin und in Brasilien, vor allem im Bereich Ländliche Entwicklung. Für die GTZ ist Frau Fischer seit 2000 im Inland für das Ländermanagement von Angola, Niger und Tschad zuständig. Seit 2001 koordiniert sie außerdem die Sonderaufgabe Islam in Afrika. Seit 2003 betreut Frau Fischer zusätzlich die Eigenmaßnahme "Islam und TZ in Afrika" der GTZ.

Dr. Konrad Ellsäßer studierte Agrarökonomie in Montpellier (Frankreich). Seit 1996 ist er Vorsitzender von FIDES (Finances pour le Développement Economique et Social, Gründung und Unterstützung von Mikrofinanz-Institutionen) in Montpellier. Er ist Initiator von Mikrofinanz-Institutionen unter anderem in Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali und Namibia. Als Finanz- und Mikrofinanzexperte für ländliche Regionen arbeitete Herr Dr. Ellsäßer in über 70 Einsätzen. Von 1986 bis 1996 war er Vorstand des „Financial Systems Development Team“ im „Centre de Coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement“ (CIRAD).

Joerg Meyer studierte Islamwissenschaft, Ethnologie und Internationale Beziehungen in Asien und Afrika in Münster, Marseille, Sanaa und Berlin. In Bochum und Uppsala absolvierte er den Europäischen Master-Studiengang „Humanitäre Hilfe“ (NOHA). Seit 1989 führten ihn Studien- und Forschungsaufenthalte nach Algerien, Syrien, Irak, Jordanien, Jemen, Ägypten, Iran und Indonesien. Von 1999 bis 2001 arbeitete Herr Meyer als Organisationsberater für den DED im Tschad. Seit 2002 ist Herr Meyer wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH in Berlin.